

Sozialdemokrat

Einheitspreis 3 Heller (einschließlich 3 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK



ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG 20., ROCHOVA 22. TELEFON 22877. ADMINISTRATION TELEFON 23074.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Dienstag, 17. Juli 1934

Nr. 164

Neuerliche Bluttat des christlichen Regimes in Oesterreich

Drei Wiener Genossen bei einer Trauerkundgebung erschossen

Wien, 16. Juli. (Eigenbericht.) Das „christliche“ Dollfuß-Regime hat neuerlich eine ungeheuerliche Bluttat begangen. In Kalltenleutgeben bei Wien schoß am Sonntag Gendarmerie blindwütig in eine Versammlung sozialdemokratischer Arbeiter, die eine stille und ruhige Trauerkundgebung für die Opfer des 15. Juli 1927 veranstalteten. Drei Tote und eine Anzahl schwerverletzte Genossen blieben am Platze.
Die Nachricht von dieser neuen blutigen Schandtat der Kanonenbrüsten verbreitete sich bald unter den Wiener Arbeitern und löste begreiflicherweise ungeheure Erregung aus. Die erbitterte Stimmung in Wien wuchs stündlich von Minute zu Minute. Gegen sechs Uhr abends wurden in Ottakring und in Favoriten Wachleute von den empörten Arbeitern, die eben in illegalen Zirkeln über die neueste Schurkerelei des Dollfußregimes informiert worden waren, verprügelt. Daraufhin wurde in den Arbeiterbezirken die Polizei in Alarmiert und alle Polizeiposten verdreifacht.

Meuchelmörder gegen eine würdige Trauerfeier

Die österreichische Regierung versucht die Sache so darzustellen, das einige hundert Komunisten, die zum Teil mit Revolvern bewaffnet gewesen wären, eine Demonstration veranstaltet hätten und zum Angriff gegen die Gendarmerie, die die Versammlung auflösen wollte, vorgegangen wären. Darauf habe die Gendarmerie in „Nochwehr“ zur Waffe gegriffen und die Schüsse abgegeben, denen drei Tote und mehrere Schwerverletzte zum Opfer fielen. Diese Darstellung ist vom ersten bis zum letzten Wort erfunden.

In Wahrheit hatten die sozialdemokratischen Arbeiter Freitag eine stille Trauerfeier an den Gräbern der Juligefallenen auf dem Wiener Zentralfriedhof veranstalten wollen. Die Polizei, die von dieser Absicht erfahren hatte, hatte aber den Friedhof in weitem Umkreis mit starken Kordonen abgesperrt und ließ niemanden auf den Friedhof.

Daraufhin beschloßen die Arbeiter, die Gendarmen für die Julioffer etwa 15 Kilometer von Wien entfernt auf einer Waldwiese bei Kalltenleutgeben abzuhalten. Dort fanden sich auch etwa 800 durchwegs sozialdemokratische Arbeiter ein, die vollkommen unbewaffnet waren. Plötzlich erschien eine Nacht Mann starke Patrouille aus Gendarmen und Ordnungsmännern und gab ohne weitere Warnung auf die Teilnehmer der ruhigen und würdigen Totenfeier Schüsse ab.

Wie schlecht erfunden die Darstellung der Regierung ist, geht schon daraus hervor, daß sie selbst zugeben muß, daß von seiten der Arbeiter nicht ein Schuß gefallen ist. Kein Mensch wird sich von den Dollfuß-Christen einreden lassen, daß 800 Arbeiter, die wirklich mit Revolvern bewaffnet gewesen wären, sich von acht Gendarmen und Heimwehrleuten hätten unter Feuer nehmen lassen! Die Wahrheit ist, daß die Gendarmen ohne jede vorherige Warnung meuchlings das Feuer gegen eine vollkommen unbewaffnete, wehrlose Trauerversammlung abgeben haben. Es wird der Tag kommen, an dem die Auftraggeber dieses gemeinen Meuchelmordes sich vor den Arbeitern zu verantworten haben werden!

Von den drei Todesopfern ist erst eines identifiziert. Es ist der sozialdemokratische Vertrauensmann und Autoschlosser Hans Fröhlich aus Reichholdsdorf. Die Namen der beiden anderen Toten sind noch nicht bekannt. Unter den Schwerverletzten, die mit dem Tode ringen, befindet sich Genosse Karl Rittmayer, ein ehemaliger Angestellter des Arbeiterkonsumvereines in Diefing.

Weitere Amnestie für Schutzbündler?

Wien, 16. Juli. (GWB.) In den nächsten Tagen wird ein Erlass über die Nachsicht der Strafen der Schutzbündlermitglieder, die wegen geringerer Vergehen verurteilt wurden, erlassen werden. Damit wird die Aktion abgeschlossen, die bereits seit längerer Zeit im Wege individueller Amnestien durchgeführt wird. Auf die Angehörigen

des Schutzbundes, die im Krieg eine Auszeichnung erhielten, wird besonders Rücksicht genommen werden.

Wien ohne Licht

Wien, 16. Juli. (Eigenbericht.) In der Nacht vom Samstag zum Sonntag ging (wie von uns schon kurz gemeldet) in ganz Wien plötzlich das elektrische Licht aus und die Straßenbahn blieb stehen. Die Untersuchung ergab, daß das Hauptkraftwerk in Opponitz, das Wien mit elektrischem Strom versorgt, durch einen Sabotageakt stillgelegt worden war. Obwohl die ganze Nacht sicherhaft an der Wiederherstellung des Kraftwerkes gearbeitet wurde, konnte die Stromversorgung doch nur soweit sichergestellt werden, daß am Sonntag wenigstens die Straßenbahn den Betrieb wieder aufnehmen konnte. Die elektrische Beleuchtung funktionierte auch Sonntag abends noch nicht störungsfrei.

Die Regierung Dollfuß versucht die Sache nach gewohnter Taktik als einen „nationalsozialistischen“ Sabotageakt hinzustellen. Wie wir aus sehr gut informierter Quelle erfahren, scheint es sich vielmehr um eine Aktion sozialistischer Arbeiter zu handeln. Auch der Regierung Dollfuß hätte es auffallen können, daß der elektrische Strom in der Hauptstadt just um Mitternacht vom 14. zum 15. Juli ausgeschaltet wurde, also genau auf die Minute zu der Zeit, da der achte Jahrestag jenes Blutbades anbrach, das die Vorgänger und Lehrer des Herrn Dollfuß unter den Wiener Arbeitern angerichtet haben!

Neue Zwischenfälle

Freitag abends überraschte die Gendarmerie im Raion der Gemeinde Strebersdorf die Nationalsozialisten bei einer militärischen Nachtübung. 32 Personen wurden verhaftet.

In der Nacht auf Sonntag wurde der Erbschmied Josef Zuchs aus Maybach bei Linz im Dienste durch vier nationalsozialistische Parteigänger derart mißhandelt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die vier Nationalsozialisten wurden dem Gerichte eingeliefert.

Durch ein Großfeuer wurde in der Nacht auf Sonntag das derzeit verpachtete Sägewerk der Bundesforstverwaltung Neuberg an der Mürz vollständig vernichtet. Die Feuerwehre konnte kein einziges Wertgebäude retten. Der durch die Vernichtung des Werkes entstandene Schaden beläuft sich auf 250.000 Schilling. 60 Arbeiter sind brotlos geworden. Zur Aufklärung der Entstehungsurache des Feuers hat die Gendarmerie umfassende Erhebungen eingeleitet, doch sprechen schon jetzt schwerwiegende Anzeichen dafür, daß Brandstiftung vorliegt.

Schade!

Die Sicherheitsbehörde in Wien hat am Sonntag 1000 Exemplare der „Brüner Arbeiter-Zeitung“ vom 15. Juli beschlagnahmt.

Auch Mussolini für den Ostpakt Intervention in Berlin und Warschau

London, 16. Juli. Der römische Korrespondent der „Morning Post“ teilt mit, daß der italienische Ministerpräsident Mussolini die italienischen Diplomaten und Vertreter in Warschau und Berlin beauftragt hat, an den zuständigen amtlichen Stellen in den beiden Hauptstädten Klarzustellen, warum Italien nach dem Londoner Besatz des französischen Außenministers das Ostpaktprojekt unterstützt.

Moskau, 16. Juli. Außenminister Litwinow hat die russischen Botschafter in Rom, London und Paris aufgefordert, mit den Außenministern der betreffenden Länder über die Frage der Verwirklichung des Ostlocarnoplanes auf Grund des Reinigungs-austausches zwischen Moskau, Paris, Rom und London in Fühlung zu treten.

Ein Massenbanker

Sofia, 16. Juli. Wie das Regierungskreis nachstehende Blatt „Sofia“ meldet, haben die bulgarischen Behörden den mazedonischen Terroristen Bren Petro verhaftet, der im Kreise Betrüger die von der in Jugoslawien aufgelösten inneren mazedonischen revolutionären Organisation (Imro) gegen ihre Gegner verhängten Todesurteile vollstreckt hat. Petro, der ein volles Geständnis abgelegt hat und in das Gefängnis eingeliefert worden ist, soll allein im Laufe der letzten 12 Monate über 50 Personen ermordet haben. Wie die Zeitung weiter berichtet, hat der ganze Kreis Betrüger vor dem fremdenbren Petro gewirkt, wofür er als rücksichtsloser Vollstrecker der Todesurteile des revolutionären Komitees bekannt war.

In Amsterdam wieder Ruhe

Amsterdam, 16. Juli. Nach der Niederwerfung der kommunistischen Unruhen sind am Montag die bei der Amsterdamer Polizei verfügbaren besonderen Maßnahmen einschließlich der Aulassungssperre wieder aufgehoben worden.

Auch die polizeiliche Überwachung des Gebäudes der kommunistischen Tageszeitung „De Tribune“ ist am Montag eingestellt worden. Das Blatt ist am Abend, wenn auch in verkleinertem Umfang, zum ersten Male wieder erschienen.

Flotten-Vorkonferenz ergebnislos

London, 16. Juli. In London wird bestätigt, daß die Vorbesprechungen für die nächstjährige Flottenkonferenz bis zum Oktober ds. J. vertagt worden sind. Einer der Gründe für die Vertagung ist der Mangel an Fortschritten bei den in London bisher gepflogenen Besprechungen. Besonders ausgeprägt sind nach wie vor die Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Amerika über die Tonnage von Schlachtschiffen und Kreuzern. Zwischen England und Frankreich bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Untertafelboote.

Der amerikanische Unterhändler Norman Davis ist enttäuscht über die Verzögerung der Ankunft der japanischen Botschaft, die ohnehin nur aus einem Marineoffizier besteht.

Ein weiterer Grund für die Vertagung sind die starken Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Italien. Man erwartet, daß der bevorstehende Besuch des französischen Außenministers Barthou in Rom eine Lösung des italienisch-französischen Flottenproblems näher bringen wird.

Soziales Erdbeben in U.S.A.

In San Francisco, der Metropole des Westens, dem großen Hafen der Vereinigten Staaten am Stillen Ozean, ist ein Streik ausgebrochen, an dem sich nach den letzten Meldungen etwa 150.000 Arbeiter beteiligen. Diese große Erschütterung des amerikanischen Wirtschaftslebens, der größte Streik, der sich seit vierzehn Jahren in den Vereinigten Staaten abgespielt hat, zeigt, daß die Wirtschaftskrise auch in den Vereinigten Staaten zu einem schweren sozialen Erdbeben geführt hat.

Nach einer unerhörten Blüte und Prosperität, wie sie die Geschichte der kapitalistischen Wirtschaft in keinem Lande aufweist, ist Amerika im Jahre 1929 plötzlich von der Höhe des Wirtschaftserfolges in den Abgrund der Krise geschleudert worden. Die Enttäuschung der Bevölkerung, die wähnte, in Amerika sei die Methode eines krisenlosen Kapitalismus verwirklicht worden, war so stark, daß sie seit dem Tode Wilsons herrschende republikanische Partei von den Zentren der Macht hinwegsetzte und den Demokraten Roosevelt auf den Präsidentensstuhl erhob.

Roosevelt hat, obwohl auf dem Standpunkt des Kapitalismus stehend, doch eine Fülle von neuen Gesichtspunkten in die amerikanische Wirtschaftspolitik gebracht. Seine Regierungszeit stellt den Sieg der Staatswirtschaft über den freien Kapitalismus auch in Amerika dar. Kein Präsident vor ihm hat so starke Eingriffe in das Wirtschaftsleben vollzogen und was er tat, war nicht nur im Interesse der Kapitalisten, ja, sogar sehr oft gegen deren Interessen gerichtet. Er wollte den Farmern dadurch helfen, daß er ihnen höhere Preise für ihre Produkte verschaffte, und senkte zu diesem Zwecke den Wert des Dollars. Er hat eine großzügige Entschuldungsaktion der Landwirtschaft durchgeführt und den Farmern große Kredite zur Verfügung gestellt. Aber auch den Arbeitern galt seine Sorge. Er hat in den sogenannten Codes den Industrien Löhne und Arbeitsbedingungen vorgeschrieben, hat die Löhne der Arbeiter erhöht und zugleich ihre Arbeitszeit gekürzt. Es ist ihm auch gelungen, die Zahl der Arbeitslosen herabzusetzen. Während im März 1933 die Zahl der Arbeitslosen etwa 13,6 Millionen betragen hat, wurden nach dem Bericht der Gewerkschaften im Juni 1934 nur etwa 10,25 Millionen Arbeitslose gezählt. Präsident Roosevelt hat die Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellten, mit Energie niederkämpften versucht, die Ausbeutung des Großkapitals gegen die Codes zum Teil gebrochen, zum Teil allerdings hat er Kompromisse mit den großen Wirtschaftsmächten seines Landes geschlossen, in zahlreichen Fällen Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und Unternehmern — besonders in der Stahlindustrie und im Bergbau — zu schlichten versucht.

Ob es freilich Roosevelt gelingen wird, auch diesmal Unternehmer und Arbeiter an einen Tisch zu bringen und den ausgebrochenen Kampf bald zu beenden, ist fraglich, da die Bewegung bereits einen großen Umfang angenommen hat und besonders, weil die Gefahr besteht, daß es zu schweren Zusammenstößen der Streikenden mit der Staatsgewalt kommt. Nur allzu leicht wird in den Vereinigten Staaten Militär gegen die Streikenden in Bewegung gesetzt, nur allzu leicht haben es die Großkapitalisten in den Staaten, beträchtliche Mittel dafür zu verwenden, um Streikbrecher zu werben und eine technische Not-hilfe zu organisieren.

Es ist zu wünschen, daß Roosevelt seine starke Hand auch im Streik von San Francisco zeigt und daß er die Unternehmer dazu zwingt, den Arbeitern Konzessionen zu machen und so den Vereinigten Staaten die schwere soziale Erschütterung, die aus diesem Streik hervorgehen würde, zu ersparen. Die großen Ge-

Saarpresse in Deutschland verboten!

Berlin, 17. Juli. Die Rückwirkung der Ereignisse des 30. Juni, und namentlich die Erschießung führender Männer des deutschen Katholizismus auf die katholische Saar sind außerordentlich ungünstig. Der Stimmungsumschwung, der im freien Saargebiet sich namentlich auch in der Presse unverhüllt zeigt, läßt auch auf die wahre Stimmung der Bevölkerung im übrigen Deutschland, das noch unter der Hitlerfuchtel steht, sichere Schlüsse ziehen.

Nach dem Verbot der ausländischen Zeitungen in deutscher Sprache sieht sich die Reichsregierung nunmehr gezwungen, auch die gesamte saarländische Presse, mit Ausnahme der „Saarbrücker Zeitung“, deren Aktienmehrheit sich in ihren Händen befindet, zu verbieten, weil sie sich bei der Beurteilung der Morde keinesfalls gleichschalten ließ.

Die nichtsozialdemokratische Saarpresse hatte sich zum 30. Juni immer noch für die Abstimmung der Rückkehr zu Deutschland propagiert. Das beginnt jetzt unter dem Eindruck der schrecklichen Morde anders zu werden. Dadurch sinken aber auch beträchtlich die Aussichten, daß sich die Saar bei der Abstimmung im Januar 1935 für Deutschland entscheiden könnte, und es wird die Möglichkeit immer wahrscheinlicher, daß sich bei der Abstimmung eine Mehrheit für die Beibehaltung des gegenwärtigen Regimes ergeben wird.

Hitlerfeindliche Kundgebungen in England

London, 15. Juli. Samstag ereigneten sich vor der deutschen Botschaft in London neuerlich große Demonstrationen, als es der deutsche Volschaffter absahnte, eine Deputation zu empfangen, welche die Freilassung der politischen Gefangenen in Deutschland forderte. Die Polizei mußte von dem Gummihüpfel Gebrauch machen, um die Manifestanten zu vertreiben. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Konstituierung der Monopolgesellschaft

Brag, 16. Juli. Heute nachmittags fand die konstituierende Generalversammlung der Tschekoslowak. Getreidegesellschaft statt, die das Getreidemonopol zu verwalten hat. Nach der Eröffnungssprache des von der Regierung ernannten Vorsitzenden Oberdirektor F e i e r a b e n d sprach die Vertreter der einzelnen Gruppen, aus denen die Gesellschaft zusammengesetzt ist. Im Namen der Konsumentenschichten erklärte Genosse L u f t i g, die von ihm repräsentierte Gruppe melde sich zur Mitarbeit im Vertrauen darauf, daß die Gesellschaft keine weitere Belastung der Konsumenten bedeuten und nicht nur den landwirtschaftlichen, sondern auch den Konsumenteninteressen einen ausreichenden Schutz gewähren werde.

Bei den Wahlen wurden vier Vizevorsitzende gewählt, und zwar für die erste Gruppe Dr. Josef T r e l k a, der Stellvertreter des Oberdirektors der Kooperative, für die zweite Gruppe Emil L u f t i g, der Vorsitzende der Großverkaufsgesellschaft der Gewerkschaften, für die dritte Gruppe Ing. S o l a n und für die vierte Gruppe der Vizepräsident der Prager Produktenbörse Rudolf H e l e n k a. Außerdem wurden 16 weitere Verwaltungsratsmitglieder und 20 Erfahrmänner, wieweit vier Rechnungsrevisoren und vier Erfahrmänner gewählt.

Freie Getreideverkäufe nicht mehr zulässig

Am Abend trat der neugewählte Verwaltungsrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Dabei gab der Vorsitzende auf Grund einer Ermächtigung des Ministerpräsidenten die Erklärung ab, daß die Auslegung des 2. Absatzes des § 16 der Monopolverordnung, als ob bis 25. Juli Getreide der heurigen Ernte auf Grund der bis 13. Juli d. J. abgeschlossenen Verträge geliefert werden könne, irrig sei. Verträge über diesjähriges Getreide, die bis zum 13. Juli d. J. abgeschlossen wurden, sind, sofern dieses Getreide nicht bereits geliefert wurde, eventuell bis spätestens 16. Juli d. J. zur Beförderung übergeben wurde, nach der zitierten Regierungsverordnung verboten und es wird mit der größten Strenge gegen alle diejenigen eingeschritten werden, die diesen Bestimmungen zuwiderhandeln. Auch werden unverzüglich Kontrollmaßnahmen nach dieser Richtung hin getroffen werden.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus dem Programm am Mittwoch.

- Brag, Sender L.: 6: Gymnastik, 10:20: Deutsche Nachrichten, 11: Schallplatten, 12:10: Leichte Musik, 13:20: Konzert der tschechischen Philharmonie, 13:30: Arbeitsmarkt, 13:40: Deutscher Arbeitsmarkt, 17:40: Schallplatten, 18:20: Deutsche Sendung: Aktuelle zehn Minuten, 18:30: Arbeitersendung: Paul Ralles: Arbeiter und Bauern in Schweden, 18:50: Sozialinformationen, 19:10: Konzert aus Baumgarten, 20:15: Sommergewitter, Tonmalerei in der Karikatur, 21:15: Konzert, 22:15: Tanzmusik. Sender S.: 14: Liebeskonzert, 15: Deutsche Sendung: Kinderstunde, 16: Deutsche Presse. — Brunn: 17:45: Konzert-Akademie, 17:55: Tanzmusik auf Schallplatten, 18:20: Schallplatten. — Mähr. Ostrav.: 10:30: Musik, 18:20: Schallplatten, 18:20: Halb- Stunde Chorlieder.

Riesenstreik an der Pacific-Küste

San Francisco lahmgelegt — Streikposten verhindern Lebensmittelfuhr

San Francisco, 16. Juli. Seit heute früh 8 Uhr wird in San Francisco und einigen anderen Hafenorten an der pazifischen Küste der Generalstreik durchgeführt, der vom Streikausschuß Samstag abend nach erfolglosen Vermittlungsversuchen des von Präsident Roosevelt eingesetzten Schlichtungskomitees beschlossen worden war. Von den stimmberechtigten Gewerkschaftsvertretern hatten sich 63 für den Generalstreik und nur drei dagegen ausgesprochen.

Neben 65.000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in San Francisco und 40.000 in Oakland sind noch etwa 47.000 unorganisierte Arbeiter direkt oder indirekt beteiligt, so daß der Generalstreik insgesamt über 150.000 Arbeiter umfaßt wird. Es ist dies der größte Streik in den Vereinigten Staaten seit dem Pullmann-Streik, der sich vor 14 Jahren in Chicago ereignete.

Der Generalstreik begann pünktlich um 8 Uhr örtlicher Zeit (etwa 16 1/2 Uhr mitteleuropäischer Zeit). Im Augenblick war das gesamte öffentliche Leben und jeglicher Verkehr in den Straßen zum Stillstand gebracht worden. Es herrschte eine unheimliche Stille; das Geschäftsleben ruht bereits fast vollständig. Der gesamte Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Alle Vergnügungspunkte, Theater und Kleinverkaufsläden bleiben geschlossen. Mit der Schließung der Warenhäuser wird jeden Augenblick gerechnet. Sämtliche Restaurants sind geschlossen mit Ausnahme der 10 Lokale, die der Generalstreikausschuß zur Speisung der Tausende von Einwohnern bestimmt hat, die regelmäßig in den etwa 2000 Speisehäusern San Franciscos ihre Mahlzeiten einnehmen.

Bürgermeister Rossi ernannte einen aus 500 Persönlichkeiten bestehenden Notauschuß, der die Aufgabe hat, für eine gerechte Verteilung der noch vorhandenen Lebensmittel zu sorgen. Die Vorräte an frischem Gemüse und Frischfleisch sind bereits erschöpft. Die Lebensmittelgeschäfte müssen nach den Panikeinkäufen der letzten Woche ihre verbleibenden Vorräte rationieren. Die Großhändler bewerten die bei ihnen lagernden Lebensmittelvorräte nur noch auf 10 Millionen Dollar. Dazu kommt, daß die Verteilung dieser Nahrungsmittelbestände durch den Fuhrleuteastreik unmöglich gemacht wird.

Der Lebensmittelmangel erstreckt sich auch auf die weitere Umgebung der Stadt, wo ein eiserner Ring von Streikposten die mit Lebensmitteln beladenen Lastwagen zurückhält. In zahlreichen Fällen hielten Streikposten Privatkraftwagen an, die Lebensmittel mit sich führten, und warfen die Lebensmittel auf die Straße.

Nach den letzten Meldungen wächst die Unruhe in der Stadt ständig. Die Fenster zahlreicher Lebensmitteläden wurden von den Streikenden eingeworfen, viele Lastwagen und Fuhrwerke mit Lebensmitteln umgeworfen.

Mit Maschinengewehren ausgerüstete Polizeiabteilungen begannen am Montag den Lastwagenkarawanen einen Weg durch die Streikpostenlinien zu bahnen. Inzwischen hat der Bürgermeister den Gouverneur um Entsendung weiterer Nationalgardisten gebeten.

Militär im Anmarsch

In politischen Kreisen glaubt man, daß, falls nicht bald eine Beendigung des Streiks gelingt, die Verwendung von Bundesstruppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung kaum vermieden werden kann, zumindest für die Aufrechterhaltung des Postverkehrs und möglicherweise auch zur Sicherung der Lebensmitteltransporte.

In alle Teile der Stadt wurden Polizisten entsandt. Auch Tankwagen und Truppen befinden sich auf dem Marsch nach San Francisco. Aus der Stadt Salinas in Kalifornien wurde Feldartillerie nach San Francisco entsandt. Aus Los Angeles wird gemeldet, daß etwa 1000 Nationalgardisten in Sonderzügen nach San Francisco entsandt wurden.

Die ersten Zusammenstöße

Nach einer Neutermeldung eröffnete die im Hafen von San Francisco Wachdienst versetzende Militärgarde das Feuer gegen eine Gruppe, die sie mit Steinen bewarf. Ein Mann wurde durch einen Bajonettschlag verwundet, als er einem Gardisten das Gewehr zu entreißen versuchte. Zehn Streikende wurden verhaftet.

In Oakland zerstreuten Streikende die Auslagerung mehrerer Geschäfte, wobei sie den Versuch unternahmen, Lebensmittel zu stehlen. Das Bundesheer übernahm unverzüglich nach Verklärung des Generalstreikes die Aufsicht über die Stadt.

Eingreifen Roosevelts?

Die Geschäftswelt hofft, daß das aus Washington kommende Gerücht sich bewahrheitet, wonach Präsident Roosevelt, der sich gegenwärtig auf See auf einer Ferienfahrt befindet, persönlich in San Francisco eingreifen wolle, um eine Vermittlung herbeizuführen.

Roosevelt wird durch Marinefunksprüche ständig über die Streiklage unterrichtet. Antlitz verlaute über sein eventuelles Eingreifen noch nichts, jedoch wurde auffallenderweise die Abfahrt des Jachtzuges „Albatros“, der am Montag von San Diego aus dem Präsidenten die Post bringen sollte, abgefragt. Statt dessen wurde sämtliche Post für Roosevelt nach San Francisco, per Postlagernd, weitergeleitet.

Lange Streikdauer?

Der Präsident der amerikanischen Gewerkschaften Green erklärte in einer Rede in Schranon (Pennsylvanien) er sehe keine Möglichkeit, den Streik in San Francisco bald beizulegen.

Sabotageakte in Barcelona

Barcelona, 16. Juli. In letzter Zeit wurde die Gesellschaft der hiesigen städtischen Straßenbahn durch Sabotageakte schwer getroffen, bei welchen die Transformatorstationen durch Bomben vernichtet und Straßenbahnwagen in Brand gesetzt wurden. Auf diese Weise wurden 39 Wagen der Straßenbahn in letzter Zeit vernichtet.

Henlein, der Gottgesandte

Der Deutsche Turnverband ist die Erziehungsorganisation der Henleinfront. Darüber hinaus unterstützt er ihre Werbung. Es kann nicht oft genug betont werden, daß der Totalitätsanspruch, den der Deutsche Turnverband für die Erziehung der sudetendeutschen Jugend erhebt, parallel geht dem Totalitätsanspruch Henleins auf politischem Gebiet. Wie sehr der Deutsche Turnverband als ein Werkzeug der Henleinfront zu bezeichnen ist, das geht aus einem in der 27. Folge der Rundschau veröffentlichten Artikel hervor, in dem zur Frage der sudetendeutschen Führerschaft Stellung genommen wird.

In diesem Artikel macht sich jemand darüber lustig, daß bei dem Leimeriker Fest des Bundes der Deutschen einer der Führer der Bundesjugend an der Spitze einer Schar Getreuer marschierte, die sich noch nicht dem Verlangen Henleins gefügt haben.

„Was will diese Jugend denn eigentlich, wird man erlaunt fragen, heute, da die Zuständigkeit des Turnverbandes in der Jugenderziehung doch völlig klar gestellt ist?“

Also fragt die „Rundschau“. Und macht sich dann lustig über einen in Bodenbach sitzenden Jugendführer, „den das Horoskop zum künftigen sudetendeutschen Führer bestimmt hat“. Und die „Rundschau“, der das Horoskop dieses Jugendführers nicht zur Rechtfertigung seines Tuns genügt, fährt wörtlich fort:

„Es gibt noch Leute, denen die Anhänglichkeit von hundert Jungen (sind es überhaupt noch so viele?) so in den Kopf schlugen, daß sie mit Gott und der Geschichte haben, die Kournd Henlein zum politischen Führer des sudetendeutschen Stammes bestimmt hat.“

Zwar kann Henlein weder vom lieben Gott, noch von der „Geschichte“ ein Ernennungsdekret vorweisen, aber er hilft sich dadurch, daß er das Wesen „wahren Führertums“ umschreibt:

1. Ueber die Berechtigung irgendeines Führeranpruchs entscheidet heute allein die Leistung, und zwar die positive, nicht die negative, die sich bei W. H. (dem erwähnten Bodenbacher Jugendführer, D. Hieb.) ausschließlich in dem Versuch äußert, die Einigung unserer Jugend mit allen Mitteln zu hintertreiben.
2. Führer ist man nicht aus persönlicher Eitelkeit, sondern aus einem ganz großen Verantwortungsgefühl dem Volke gegenüber.
3. Führer wird man noch lange nicht, wenn man sich von einer Gruppe von eifersüchtigen Menschen erheben läßt.

Von all diesen Punkten wäre besonders der dritte zu akzeptieren. Zumindest solange, als nicht festgestellt ist, wer denn außer dem lieben Gott und der Geschichte den Henlein gefürht hat. War es der Deutsche Turnverband? Dann würden wir begreifen, daß Gott in seinem Zorn über das Vincipusfuchen in sein Wirken dem sudetendeutschen Stamm just den Henlein beschiede. Waren es die „Reisenden“, die früher den von Gott gesandten und mit einer Elbezille davongeschwommenen Führern folgten? War es jene Elite des Sudetendeutschtums, die über gefüllte Geldschränke verfügt?

Man höre, was die „Rundschau“ zu diesem Thema noch weiter zu sagen hat:

4. Die Elite, die Führerschaft eines Volkes, entsteht nicht ohne Zusammenhang mit dem volkspolitischen Geschehen, durch die Einbindung einer kleinen Schicht, sondern in lebendiger Verbindung mit den Erfordernissen des Ganzen, in Verbundenheit mit der breiten Masse der Geführten. Durch größere Einsicht, hervorragende sachliche Arbeit und eine vorbildliche Haltung hebt sie sich aus der Masse heraus. Diese Elite steht heute im Deutschen Turnverband.

Die Beschäftigung mit tragischen Führergestalten ist schon in der Mittelschule ein recht anziehendes Kapitel gewesen. Am ergreifendsten aber ist die Erzählung von Don Quixote, der sich in die Lektüre von Heldenmärchen vergrub und plötzlich Ritter werden wollte. Der Armel er wußte nicht, daß er erstens gar nicht die Eignung zum Ritter hatte, und daß zweitens die Zeit des Rittertums vorüber war, wie heute für unser Volk die Zeit eingebildeter Führungsansprüche vorbei ist. Was Wunder, daß er schließlich dem ganzen Lande zum Gespött diente.

Es ist eine Gleichschaltung großer Stills, die der Herr Henlein im Sudetendeutschtum durchzuführen will. Eine Gleichschaltung, die er, dem Hilgenreiner zum Trost, als direkter Abgesandter Gottes durchzuführen bereit ist. Der einzige Trost, der uns bleibt, ist, daß auch die Henleinleute die Geschichte von Don Quixote kennen. Und noch besser ist es, daß sie auch außerhalb der Henleinfront von eifrigen Leuten gekannt wird. Ihnen hat das Gottesgnadentum anderer Kerle nicht imponiert; das des Henlein aber stimmt sie erst recht zum Lachen. Die Zeit des Rittertums ist tatsächlich vorüber! Die Zeit der diktatorischen Führungsansprüche aber auch. Selbst Hitler hat den Anschluß an die Weltgeschichte verfaßt. Es ist nicht anzunehmen, daß ihn sein kleiner Nachfahre der „Führer“ Henlein finden wird.

Bravo, Goering!



Goering: „Je höher die Not, um so grösser der Führer!“

